

Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 105/106 (1935)
Heft: 21

Inhaltsverzeichnis

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

INHALT: Existenzfragen der Schweizer Maschinen-Industrie. — Ideenwettbewerb für die Durchführung von Durchgangstrassen und die erforderlichen Rheinübergänge bei Schaffhausen. — Versuche mit Luwa-Feuerungen. — Mitteilungen: Das Fernheizwerk Münster-Bad Cannstatt. Helvetische Strassenbaopolitik. Bewegungswiderstände von Eisenbahnfahrzeugen. Schutz des Altstadtbildes von Schaff-

hausen. Eidgen. Techn. Hochschule. Optischer Erschütterungsanzeiger. Schweizer. Gesellschaft für Photogrammetrie. Schweizer. Wasserwirtschaftsverband. Variété-Theater „Trischli“ in St. Gallen. Oberingenieur für Wasserkraftanlagen der Stadt Zürich. — Wettbewerbe: Eiserner Eisenbahnbrücke über die Save bei Zagreb. — Necrologie: Alexander Arndt. — Literatur. — Sitzungs- und Vortrags-Kalender.

EXISTENZFRAGEN DER SCHWEIZER MASCHINEN-INDUSTRIE

ERGEBNISSE DES VII. WETTBEWERBES DER GEISERSTIFTUNG DES S. I. A.

Vorbemerkung.

Nachdem die mit dem ersten und zweiten Rang ausgezeichneten Arbeiten des Wettbewerbes an dieser Stelle vereinsamtlich veröffentlicht worden sind, kann die «SBZ» durch freie Vereinbarung mit dem Verfasser einer weitem preisgekrönten Arbeit auch diese noch ihren Lesern zur Kenntnis bringen. Es geschieht dies deshalb, weil die vorliegende Studie eines im überseeischen Handel erfahrenen Kaufmanns eine Seite des Problems beleuchtet, mit der sich die beiden andern Arbeiten nicht befassen, die aber von wesentlicher Bedeutung ist. Wie das Preisgericht urteilt, stellt der Verfasser als guter Kenner der handelspolitischen Fragen die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge insbesondere im britischen Reich sehr gut dar. Auf diese historischen Abschnitte I bis III, die uns den Blick dafür öffnen, daß wir unsere heutige Lage nicht nur nach unserm engen Inlandshorizont beurteilen dürfen, folgen in den andern Kapiteln praktische Vorschläge für den Ausbau unserer Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Diesen Anregungen kommt aktuelle Bedeutung insofern zu, als der S. I. A. in Fühlung mit andern Verbänden ihre Verwirklichung bereits vorbereitet. Red.

Existenzfragen der Schweizer Maschinen-Industrie

Von J. GYSLING, Zürich.

I.

Die durch die besondere Nachfrage des Weltkrieges verursachte Ueberspannung der industriellen und agrarischen Produktion hat das Gleichgewicht des Welthandels fundamental gestört. Während die Agrarländer mit einer grösseren Rohstoffproduktion zur Industrialisierung übergingen, vermehrten die Industrieländer, bei einer erhöhten Fertigproduktion, ihre Agrarisierung.

Diese widersprüchsvolle Entwicklung kam bereits in der Krise von 1921/22 zum Ausdruck, wurde aber durch eine daraufhin einsetzende Kreditausdehnung überwunden. Wenn diese das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage für die industrielle Produktion wieder herstellte, so hat sie, über die Börse, auch die Agrarpreise begünstigt, ohne jedoch das Mißverhältnis in der Produktion zu beheben, das durch Aufspeicherungen, die vom Markt ferngehalten wurden, nur verschleiert war.

Diese Stützung der Preise und damit der Kaufkraft der Agrarländer hätte, auf einer weniger forcierten Basis, wohl einen ebenfalls normaleren Fortgang der industriellen Produktion gewährleistet, wenn nicht die amerikanische Spekulation daraus die Formel der «stetigen Prosperität» abgeleitet und immer weitere Kreise in einen Haussaumel hineingezogen hätte, der zuletzt alle Waren- und Effekten-Kurse, losgelöst von ihrem inneren Wert, in der Luft hängen und im Herbst 1929 schliesslich durch alle Böden hindurch stürzen liess.

Mit dem Fall der Rohstoff- und Agrarpreise war der Industrie- und Kreditkonjunktur ebenfalls die Grundlage entzogen, woraus sich die Vertrauenskrise entwickelte und, in ihrem Gefolge, die Kreditkündigung und Heimschaffung von Devisen, was im Herbst 1931 in England, das als Weltbankier in dieser Hinsicht eine besonders exponierte Stellung einnahm, zur Aufgabe des Goldstandards führte. Damit begann die Währungskrise, die die Schweiz, deren Export mit den englisch-überseeischen Handelsgebieten besonders eng verflochten war, in Mitleidenschaft zog.

II.

In der Tat hat insbesondere die Schweizer Maschinen-Industrie bis 1931 in noch angemessenem Umfang am freien Welthandel teilgenommen. Dieser wickelte sich, im Beispiel Schweiz/England/Britische Reichsländer, in der Hauptsache im sog. triangulären Verkehr ab, der in der Weise interpretiert werden kann, dass Grossbritannien, als Kapitalgeber der Reichsländer, die Rohstoffbezüge aus diesen seitens europäischer Länder für den Finanzdienst seiner überseeischen Investierungen notwendig erachtete und dafür den Import der Reichsländer an Fertigwaren mit dem kontinentalen Europa teilen zu können und darüber hinaus noch eine Marge für den Import vom Kontinent für seinen Binnenmarkt zu haben glaubte.

Dieses Verhältnis schien für England, auf der Seite der Zahlungsbilanz, bis 1931 zu stimmen, obwohl die Handelsbilanz immer weniger auf ihre Rechnung kam (Defizit 1931: 407 Millionen £). Inzwischen hatte Amerika einen neuen, schon vor dem Börsenkrach vorbereiteten Hochschutzzoll in Kraft gesetzt.

Dieser wurde von Frankreich prompt mit Repressalien beantwortet, was, nach der zweischneidigen Wirkung der «Meistbegünstigung», für die übrigen Länder als «Meistbenachteiligung» herauskam. Der Vorschlag der damaligen Regierung Englands auf Einigung auf eine allgemeine Herabsetzung der Zölle wurde, mit der wahrscheinlich einzigen Ausnahme der Schweiz, nicht beachtet. Dadurch fühlte sich England, als einziges grosses Freihandelsland, immer mehr als «Schleudermarkt» (dumping ground) betrachtet und damit war die mentale Vorbereitung zur Abkehr von der bisherigen Handelspolitik geschaffen, um so mehr, als der von der englischen Regierung veranlasste sog. «Macmillian»-Bericht zu dieser Schlussfolgerung kam und auch die Frage berührte, ob die im Jahre 1925 aus Prestige erfolgte Rückkehr zur früheren Goldparität nicht ein Fehler war.

Immerhin darf man gerechterweise annehmen, dass diese Faktoren allein England nicht zur *Aufgabe des Goldstandard* bewogen hätten, wenn seine Goldreserven nicht durch die von Amerika und dem Kontinent hereinbrechende Vertrauenskrise derart beansprucht worden wären, dass faktisch kein anderer Ausweg übrig blieb.

Mit der neuen Regierung kam in England der *nationalistische* Kurs, der das Tischtuch mit dem Kontinent noch weiter zerriss; durch Einführung des Hochschutzzolls und durch die *Ottawa-Abkommen*, die die Nachfrage des industriellen Bedarfs der Reichsländer auf die Mühlen Englands leiten sollten, und zwar im Rahmen einer generellen Kompensation, wonach England mit den Reichsländern, gegen Zollpräferenzen, Einfuhrquoten für Lebensmittel und Rohstoffe vereinbarte. Solche Präferenzen wurden auch in anderer Form mit den übrigen Ländern, die der englischen Währung gefolgt waren, ausgetauscht, so z. B. mit Dänemark und Argentinien, wo an Stelle der Zoll-, infolge der «Meistbegünstigung», Devisenpräferenzen traten.

III.

Durch diese handelspolitische Tätigkeit hat England den *Kreislauf innert des Sterlingblocks* stimuliert, aber zugleich infolge der Währungsentwertung seine Konkurrenzfähigkeit auch in den übrigen Gebieten gewährleistet. Der vollen Auswirkung in dieser Hinsicht stehen nur die Kontingentierung, die in diesem Zusammenhang entstand, und die Devisenrestriktionen, die aus der Finanzkrise hervorgingen, einschränkend entgegen.

Immerhin hat England seine Ausfuhr seit 1932 von 416 Millionen £ bis Ende 1934 auf 447 Millionen £ steigern können — während einer Zeit, da die kontinentalen Industrieländer in der Stagnation oder sogar im Abstieg verharren. Diese Zunahme ist umso bedeutsamer, als England gleichzeitig mit Schwierigkeiten in der Textilausfuhr (infolge der japanischen Konkurrenz) zu kämpfen hatte und die darauf hinzudeuten scheinen, dass die englischen Erfolge in den übrigen Zweigen, und zwar auch in der Maschinen-Ausfuhr, desto grösser waren. Dies bestätigen auch deutsche Berichte aus Südamerika, die sich über die um 25 bis 30 % billigeren englischen Offerten beklagten, infolge welcher der deutsche Export von Dieselmotoren von 65 auf 35 % zurückgegangen sei. Da dieses Verhältnis vor 1932 umgekehrt war, würde es scheinen, dass England das Rad herumgedreht und die kontinentalen Industrieländer in ihre frühere Lage punkto Konkurrenzfähigkeit versetzt hat. Diesen Vorteil war es entschlossen, auf der *Weltwirtschafts-Konferenz von 1933* zu verteidigen, und da auch Amerika vor der Konferenz den Goldstandard aufgegeben hatte, wurde sie lediglich zu einem gesellschaftlichen und touristischen Ereignis für London, wo man auf der anglo-amerikanischen Seite keine Regelung der Währungsfrage erhoffte, sondern die Beseitigung der Kontingente und Devisenrestriktionen, die einer vollen Ausnutzung der Währungsentwertung unbedeuem waren. Dann kam auch die Anwesenheit verschiedener Delegationen gelegen, um einzelne *bilaterale Abkommen* zwischen jenen und der englischen Industrie zu treffen (z. B. der Kontrakt der Metropolitan Vickers mit den Polnischen Staatsbahnen). Unter solchen Umständen nahm diese Konferenz, recht symbolisch im «Museum für Naturgeschichte» in London, ein unrühmliches Ende. Amerika liess sich auch nicht lumpen und hat seine Währung darauf gleich auf rund 60 % devaluieren, mit dem Vorbehalt einer allfällig weitern Senkung von 10 %. Seither dreht sich der Währungskampf zwischen den beiden Ländern darum, ob das Verhältnis des englischen Pfund zum Dollar unter der früheren Parität von 4,87 (wie es England will) oder darüber (wie es Amerika wünscht) liegen soll.